

Wie erklären sich die extremen Unterschiede in den Wahlen in Ost – und Westdeutschland?

Die sich in den letzten Wahlen immer deutlicher abzeichnenden Wahlunterschiede in beiden Teilen Deutschlands erregen immer mehr die öffentliche Aufmerksamkeit. Versuche, sich den Wahlausgang zu erklären, verlieren sich meist in abwegigen Urteilen, dass es den ostdeutschen Bürgern immer noch an Erfahrungswerten im Umgang mit Wirkungen demokratischer Praktiken und vor allem an Dankbarkeit und Wertschätzung für die durch die Wiedervereinigung errungenen Freiheiten fehle. Die eigentlichen Ursachen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit und die diesbezüglich gewonnenen Erfahrungen nach der Vereinigung bleiben meist völlig außer Betracht. Davor, dass gerade in dieser Hinsicht die eigentlichen Ursachen zu suchen sind, wie in der oft maßlosen Enttäuschung über die nicht in Erfüllung gegangenen hochgeputzten Erwartungen nach der erfolgten „Einheit“, verschließt man die Augen. Gerade aus dem Grund scheint es angebracht, diese Aspekte deutlich zu machen. Jahrzehntelang hatte man in allen westlichen Medien das Wohlleben in einer westlichen Demokratie verherrlicht und das in der DDR existierende Gesellschaftssystem verdammt und verketzt. Das fand in den gesellschaftlichen Bewegungen der neunziger Jahre in der von höchsten westlichen Repräsentanten „blühende Landschaften“ und grenzenlose Freiheiten prophezeit wurden, seinen besonderen Ausdruck. Die sich dann in den folgenden Jahren offenbarenden tatsächlichen Entwicklungen zeigten sich erst nach und nach. Mit ihnen wurden auch die Schattenseiten des kapitalistischen Systems und die zu erduldenden materiellen und sozialen Probleme deutlich sichtbar. Die DDR-Bürger erlebten Schritt für Schritt die Enttäuschung über die gehegten Erwartungen. Sie mussten lernen und ihre Erfahrungen machen was es heißt, dass in der Gesellschaft das Geld regiert. Gesellschaftliche Bedürfnisse, die keinen Gewinn und Profit für die herrschenden Kreise versprachen, hatten keine Chance und galten als zweitrangig. So erfuhren sie zwar, dass man persönlichen Neigungen und Interessen nachdrücklicher nachgehen und bei glücklichen Umständen auch Vermögenswerte erwerben konnte. Sie lernten aber auch, dass in einer solchen Gesellschaft irreale Verhältnisse wuchsen. Das führte zu solchen Missverhältnissen, dass heute 10 % der Bevölkerung über 90 % des Staatsvermögens verfügen und der Bevölkerung von 90 % die restlichen 10 % des Vermögens blieben. Ein solches Missverhältnis spiegelt die tatsächliche Lebenslage der übergroßen Mehrheit der Bürger besser wider als jede weitergehende Erklärung. So lernten sie kennen, dass ein Heer von Arbeitslosen und „ausgemusterten“ Bürgern ständiger Bestandteil der Gesellschaft sind, hunderttausende wohnungslose Bürger unter Brücken und versteckten Winkeln vegetieren und Millionen Bürger in Armut leben. Die DDR-Bürger erleben eine Jahrzehntelange Ungleichbehandlung gegenüber westdeutschen Bürgern und dass ihnen eingebläut wird, dankbar sein zu müssen jetzt in „Freiheit“ leben zu können und nicht mehr dem „diktatorischen“ Leben in der DDR ausgesetzt zu sein.

Welcher horrende materielle und ideelle Preis den Ostdeutschen für den Anschluss an Westdeutschland abverlangt wurde, hat der letzte Staatsratsvorsitzende, Egon Krenz, in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR in Bochum aufgelistet, was so anschaulich sonst kaum zu erfahren ist. Was sich an Werten der DDR nicht in private Hände legen ließ und verscherbelt werden konnte, wurde geschleift. Propagandistisch versuchten sie diesen „Ausverkauf“ der DDR mit dem Widersinn zu begründen, dass die in der Welt als leistungsstark bekannte DDR, angeblich wirtschaftlichen „Aufholbedarf“ hätte. Wenngleich nur die Initiatoren dieser Art der „Vereinigung“ und ihre gutgläubigen Bürger an den verkündeten „Aufhole bedarf“ der DDR geglaubt haben, so war die Leugnung der ökonomischen Potenzen der DDR ein

wichtiges, ja, das entscheidende Argument in ihren Händen. Man brauchte solche Begründungen für die Bürger der DDR, damit sie die vorgesehenen Auflagen und Kürzungen mit all den materiellen Folgen bereitwillig hinnehmen. Man glaubte sicher sein zu können, dass die Bürger die Auflagen, wie die 20 %ige geringere Entlohnung und entsprechende Rentenerwartung, hinnehmen würden, da sie ja die hochliegenden Versprechungen vom künftigen Wohlergehen erwarten würden. Auch die wachsende Erkenntnis, sich zunehmend als Schuldner und BRD-Bürger zweiter Klasse zu gelten nahmen sie offenbar als vorübergehende Tatsache hin.

Ohne Zweifel beurteilt die Mehrheit der DDR-Bürger die entstandenen Verhältnisse nicht, nach gesellschafts-wissenschaftlichen Gesichtspunkten in denen ja die eigentliche Ursache des Dilemmas zu finden wäre. Sie wünschen sich daher auch nicht das Gesellschaftssystem der DDR wieder zurück. Sie hofften stattdessen, die mit der Wiedervereinigung verloren gegangene Verhältnisse mithilfe einzelner Parteien wiedererlangen zu können. Diese Überlegung spielt sicherlich in weiten Kreisen der Wähler in Ostdeutschland eine Rolle. Auf der Suche nach einer Partei von der sie glaubten, die Vertretung ihrer Interessen erhoffen zu können, gaben sie dieser bei anstehenden Wahlen ihre Stimme. Das waren in der Vergangenheit wiederholt linksorientierte Parteien. Da diese die Erwartungen in dem erhofften Maße nicht erfüllten verlagerte sich die Orientierung wie im Wahljahr 2025 zunehmend auf die Alternative für Deutschland. Dabei dürften vor allem solche Programmpunkte dieser Partei wie die stärkere Einbeziehung der Bevölkerung durch „Volksabstimmungen nach Schweizer Art“ und die Wahrung „Nationaler Interessen“ gegenüber „Europäischen Belangen“ den Ausschlag gegeben haben. Da schon bald vorauszusehen war, dass sich kaum eine Partei findet, die sich dieser Probleme mit der erforderlichen Konsequenz annimmt, hat sich bekanntlich vor 2 Jahren in Leipzig ein „Runder Tisch – Rentengerechtigkeit e. V.“ gebildet. Seine Gründung erfolgte ausschließlich zu dem Zweck, sich diesem Problem zu widmen. Er übernimmt damit gewissermaßen die Interessenvertretung von etwa 500.000 betroffenen DDR-Bürgern. Der „Runde Tisch“ dürfte in dem Maße erfolgreich sein, wie es ihm gelingt, Zustimmung und Unterstützung zu erlangen.

Wenn man staatlicherseits weiterhin die Augen vor den bestehenden Fehlentwicklungen und den daraus folgenden Problemen verschließt und nicht korrigiert, wird es nicht nur bei den gegensätzlichen Wahlergebnissen bleiben, sondern in wesentlich krasseren Formen ihren Ausdruck finden.

Dr. sc. Heinz Günther, Berlin

Febr. 2025